Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 110 (1977)
Heft: 12

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Berner Schulblatt L'Ecole bernoise 12

Organ des Bernischen Lehrervereins
110. Jahrgang. Bern, 25. März 1977

Organe de la Société des enseignants bernois
110e année. Berne, 25 mars 1977

Lehrermangel oder Lehrerüber- ?---fluss---?

Offiziell herrscht Lehrerüberfluss, ganz besonders auf der Stufe der Primarschule. Auf der Sekundarschulstufe scheinen recht unterschiedliche Verhältnisse zu herrschen: Man liest von Schulorten in Stadtnähe, die für eine Sekundarlehrerstelle sprachlicher Richtung nach einer einzigen Ausschreibung unter 30 Bewerbern auswählen konnten, – und man hört staunend, dass die Sekundarschulkommissionen von Meiringen und Grindelwald in mehreren Anläufen versucht haben, für vakante, *volle Lehrstellen* Bewerber zu finden, *ohne jeglichen Erfolg!* –

Nach solchen wenig ermutigenden Feststellungen tauchen im stillen Kämmerlein etliche Fragen auf. Die erste, die kaum schlüssig beantwortet werden kann, ist sicher diese: «*Fängt der unselige Zug von der Land- in die Agglomerationsschule von neuem an?*» Das wäre sehr bedauerlich, nachdem das neue Lehrerbesoldungsgesetz endlich die finanzielle Gleichstellung der Land- und Stadt-Lehrkräfte gebracht hat.

«*Was sind aber die Gründe für das völlige Ausbleiben von Bewerbungen um Sekundarschul-Lehrstellen in Oberländer-Dörfern?*»

Bei Grindelwald könnten Kurortmietpreise eine Rolle spielen, denn man muss feststellen, dass jungen Leuten, die im Gletscherdorf ihr Brot verdienen, Wohnungen angeboten werden zu Mietzinsen von Fr. 1000.– bis Fr. 1200.– per Monat für 4 bis 4½ Zimmer.

Das erklärt noch nicht alles. Es liessen sich sicher bei gutem Willen auch andere, tragbare Lösungen des Mietproblems finden. Viel eher muss man die tiefere Ursache dieser Abkehr vom Land in den zu halben und Drittel-Lehrstellen zusammengefassten Zusatzlektionen suchen. In 10- und 15klassigen Sekundarschulen lassen sich für junge Sekundarlehrkräfte recht hübsche Fächer-Kombinationen zusammenstellen, dazu ist der junge Inhaber der Lehrstelle mit der reduzierten Stundenzahl im eingespielten Kollegium jenes Schulhauses geborgen und – *er hat die Möglichkeit, da er ja nicht voll ausgelastet ist, an der Uni weiterzustudieren, den Doktor zu machen, sich in Lieblingsfächer zu vertiefen oder das Diplom für das höhere Lehramt zu erwerben.*

Mit diesem Hinweis soll nicht die Initiative des jungen Kollegen angeprangert werden, – was hätten wir seinerzeit nach der damals recht dürftigen Ausbildung an der Lehramtsschule dafür gegeben, wenn wir bei unsern verehrten Dozenten in Zoologie oder Botanik hätten weiterstudieren können, nachdem der Gluscht erst so richtig erwacht war! ---

Aber die neue Regelung (Abbau der Zusatzstunden bei den amtierenden Lehrkräften und deren Zusammenfassung zu Teilpensen, in der löblichen Absicht, Stellenlosen zu helfen) scheint sich im Oberland fatal auszuwirken! Ich behaupte, das Ausbleiben von Anmeldungen für Meiringen und Grindelwald ist ein erster Ausfluss dieser Massnahme! Wie wenig man auf der Erziehungsdirektion diese Verordnung betreffend Abbau der Zusatzstunden auf ihre Durchführbarkeit in den Landgegenden (und zwar für Primar- und Sekundarschule!) durchdacht hat, sollen die letzten paar Sätze schlaglichtartig beleuchten:

– *Man hat uns an der Sekundarschule Grindelwald zugemutet, langjährig amtierende Hilfslehrkräfte, die für Singen, Mädchenturnen oder Latein zum Teil von auswärts an unsere Schule kommen, kurzerhand zu entlassen, um genügend Zusatzstunden für eine halbe Lehrstelle zusammenzukratzen* (zum Glück haben Lehrerschaft und Kommission das abgelehnt!) – *und nun haben wir für eine volle Lehrstelle keine Anmeldung!* Wowohl, da würde man gegenüber den verabschiedeten Hilfslehrkräften eine gute Figur machen!! --

Was in Interlaken, in Ostermundigen oder in Bümpliz ohne weiteres durchführbar ist, den jungen Zusatzstundenteilpensenlehrer (schon das Wort vermittelt eine Vorahnung, wie kompliziert die Praxis sein wird!) mit einer vernünftigen Fächerkombination zu wählen, ihn in ein Kollegium aufzunehmen, ihm mit Rat und Tat beizustehen und eine gewisse Geborgenheit zu bieten, das wird auf dem Land, man denke an die Täler von Grindelwald und Lauterbrunnen, ans Diemtigtal, an die Spissen, zum völlig untauglichen Versuch und zur pädagogischen Farce. –

Von den Distanzen und ihrer Überwindung bei Neuschnee und Glatteis will ich hier gar nichts sagen! Wie muss sich ein Junglehrer vorkommen, wenn er im Schulhaus X zwei Stunden Handfertigkeit, im Schulhaus Y zwei Stunden Turnen, im Schulhaus Z eine Stunde Religion und zwei Stunden Zeichnen und gar im Schulhaus zu A zwei Stunden Aufsatz zu geben hat! Wie werden die Kinder, vorab die Buben, das geniessen! (Heute kommt er, – und dann erst wieder in einer Woche! Da wird er unsere Streiche wohl vergessen haben! Merkt er's wohl, wenn wir alle anders sitzen?)

– Unsere Praktikumslehrer, unsre Erfahrung haben uns gelehrt, wie wertvoll es ist, *denselben* Schüler im Rechnen *und* in der Handfertigkeit, im Deutsch und im Turnen zu unterrichten. Wie mancher schlechte Rechner ist ein manuell begabter Bub, wie manchem gehen Quadrat und Rechteck und exaktes Messen erst in der Hand-

Inhalt – Sommaire

Lehrermangel oder Lehrerüber- ? ---fluss--- ? ... 115
Bernischer Mittellehrerverein ... 116
Société pédagogique jurassienne ... 116
Mitteilungen des Sekretariates ... 117
Communications du Secrétariat ... 117

fertigkeit auf . . ., – und wir gehen hin und müssen diese Handfertigkeit einem andern Lehrer, der die Schüler nicht kennt und nie kennen wird, abtreten. –

«Äs ändered geng, u gueted nüd», hat mir eine alte, weise Frau im Sandweidli gesagt. *Viktor Boss*

Bernischer Mittellehrerverein

Ergebnisse aus der Umfrage über die Zusatzlektionen

130 Sekundarschulen haben uns ihre Kopie der BLV-Umfrage über die Zusatzlektionenverordnung zugesandt. Dies entspricht einer erfreulichen Stimmbeteiligung von über 80 %.

Der Kantonalvorstand dankt allen seinen Mitgliedern, die sich die Mühe genommen haben, sich mit dieser wichtigen Frage auseinanderzusetzen. Besonders erfreut sind wir darüber, dass der grösste Teil unserer Mitglieder die langjährige Politik des BMV weiterhin unterstützt. Aus der Sicht der nachstehenden Resultate scheint sich der Wirbel um die neue Verordnung – so die Überschrift eines Zeitungsartikels – in einige Wirbelchen aufzulösen.

Über Schwierigkeiten bei der Durchführung der Neuordnung befragt, gaben 6 Schulen unlösbare organisatorische Probleme an, 120 hatten keine. An einer Schule wurde das Unterrichtsangebot vermindert, wowegen es an 125 Schulen gleich blieb. An 78 Schulen konnten neue Lehrstellen geschaffen werden in einem Gesamtumfang von 1250 Lektionen. Von den 17 Gesuchen um eine Ausnahmebewilligung, gegen 99 Schulen, die kein solches Gesuch stellten, wurden deren 2 bewilligt.

Die Befragung über die möglichen Aktionen ergab folgendes: Mit 878 Ja gegen 132 Nein wird die Erprobung der neuen Regelung befürwortet, eine Bekämpfung dagegen deutlich mit 1028 Nein gegen 12 Ja abgelehnt. Mit 795 Ja gegen 172 Nein werden Richtlinien für eine Vereinspolitik gewünscht.

Die bestehende Regelung mit zwei Zusatzlektionen wird mit einer Mehrheit von 751 Ja gegen 181 Nein befürwortet.

Abgelehnt werden dagegen die Abschaffung aller Zusatzlektionen mit 959 Nein gegen 80 Ja, die alte Regelung mit fünf Zusatzlektionen mit 873 Nein gegen 110 Ja, die Erhöhung der Pflichtstundenzahl mit 1047 Nein gegen 18 Ja.

Zum Teil sehr gut aufgenommen wurden die auf Vorschlag des BMV in den Fragebogen aufgenommenen Anregungen, die bestehende Regelung noch flexibler zu gestalten. Mit 958 Ja gegen 49 Nein stimmten die Befragten für eine Regelung, die es erlaubt, 3 Lektionen unter dem Pflichtpensum zu unterrichten, ohne die Altersentlastung zu verlieren, mit 597 Ja gegen 405 Nein für eine gewisse Bandbreite der Pflichtlektionen ohne Lohnschwankungen und mit 915 Ja gegen 184 Nein für die Möglichkeit einer vorzeitigen Pensionierung unter Reduktion der BLVK-Rente.

Abgelehnt wird dagegen mit 855 Nein gegen 115 Ja eine vorzeitige Pensionierung mit Beitragserhöhung für alle Mitglieder. Dass kein Lehrer abgetretene Lektionen zum Stellvertreteransatz wieder übernimmt, wurde mit 620 Ja gegen 344 Nein bestätigt.

Mit den von den Schulen zusätzlich gemachten Anregungen wird sich der Kantonalvorstand an seiner nächsten Sitzung beschäftigen. Er behält sich vor, zusammen mit den Resultaten der Umfrage entsprechende Anträge an die Erziehungsdirektion zu formulieren.

Bernischer Mittellehrerverein
Der Präsident: *Hans Grütter*
Der Sekretär: *H.-U. Hofmann*

L'Ecole bernoise

Société pédagogique jurassienne

Délibérations du Comité central du 17 février 1977

Nominations

Le Comité central a procédé aux nominations suivantes: Roland Krütti, instituteur à Renan, remplacera Françoise Widmer à la Commission Croix-Rouge Jeunesse. Georges Steiner, instituteur à Courfaivre, représentera la SPJ à la Commission de rédaction du rapport du Congrès SPR 1977 de Fribourg et le secrétaire P. Simon à la Commission des statuts SPR.

Sur proposition des trois sections du Jura-Sud, la SPJ a désigné ses représentants dans le groupe de travail de la DIP chargé de la planification de la formation initiale des enseignants. Il s'agit d'Edith Leuenberger, institutrice à Bévilard, et de Jean-Daniel Tschann, instituteur à Courtelary.

Enquêtes de la SEB

Le comité a pris position sur deux enquêtes organisées par la SEB, l'une concernant les leçons supplémentaires et l'autre ayant trait à la formation initiale des enseignants. D'autre part le CC invite chaque collègue à prendre connaissance du rapport «Structures scolaires» et à lui faire part des remarques éventuelles jusqu'au 15 avril 1977. Sur la base des réponses reçues, le comité élaborera une prise de position officielle de la SPJ.

Plan d'introduction des programmes romands

L'ancien comité avait déjà fait part au directeur du Centre de perfectionnement de son opposition au plan d'introduction projeté, qui ne laissait pas suffisamment de temps aux enseignants d'assimiler les nouveaux programmes. M. Jeanneret a tenu compte de cette opposition et il proposera à la DIP d'accorder une semaine de congé aux institutrices de 1re et 2e année pour leur permettre de suivre avec profit les cours d'introduction aux programmes d'activités créatrices manuelles et d'environnement. Cette période de recyclage concentrée sur une semaine permettrait au corps enseignant de ces deux degrés d'être libéré de tout recyclage pendant deux années. Ce temps d'assimilation et de perfectionnement personnel semble particulièrement important à la SPJ et c'est uniquement à cette condition qu'elle peut accepter le projet de plan d'introduction du Centre. Le secrétaire SPJ: *P. Simon*

Aus den Verhandlungen des Kantonalvorstandes BLV

Sitzung vom 9. März 1977
Vorsitz: Hans Perren

Zusatzlektionen

Nach einer Orientierung über die endgültigen Ergebnisse der Umfrage «Zusatzlektionen» genehmigte der Kantonalvorstand die von einer Arbeitsgruppe vorgeschlagenen und vom Leitenden Ausschuss bereinigten Richtlinien des BLV betreffend Zusatzlektionen der Lehrer zuhanden der Abgeordnetenversammlung vom 27. April 1977. Im Berner Schulblatt soll ausführlich orientiert werden. Der Leitende Ausschuss wird der Tagespresse das zweckmässig aufgearbeitete Material und ein kurzes Communiqué zustellen.

Für die von der VPOD Lehrergruppe Bern geforderte Abschaffung sämtlicher Zusatzlektionen haben nur 150 Lehrer gestimmt, während sich 4000 Lehrer dagegen aussprachen. Durch eine so rigorose Massnahme würden organisatorische Schwierigkeiten entstehen, die von vielen Schulen nicht mehr bewältigt werden könnten. Der durch das Herabsetzen der Zahl der bewilligten Zusatzlektionen von 5 auf 2 von der aktiven Lehrerschaft geleistete finanzielle Beitrag zur Bekämpfung der Stellenlosigkeit der Lehrer beläuft sich auf über 6 Millionen Franken jährlich.

Lektionentafel der Primarschule

Mirjam Schirm orientierte den Kantonalvorstand über die Ergebnisse der Umfrage betreffend Lektionentafel der Unterstufe. Eine Arbeitsgruppe hat daraus Anträge abgeleitet, die vom Kantonalvorstand einstimmig genehmigt wurden. Abteilungsweiser Unterricht soll auch für die Erstklässler von mehrteiligen Klassen und am 2. Schuljahr möglich sein. Die Lektionenzahl für Drittklässler soll um eine von 26 auf 27 pro Woche erhöht werden.

Das Material aus der Umfrage betreffend Lektionentafel der Oberstufe befindet sich noch in Arbeit bei der Primarlehrerkommission.

Berichte

Der Kantonalvorstand genehmigte den Jahresbericht BLV zuhanden der Abgeordnetenversammlung.

Er nahm Kenntnis vom Schlussbericht der Kommission PSG/MSG. Dieser soll im Berner Schulblatt veröffentlicht und der Erziehungsdirektion zugestellt werden.

Hans Perren berichtete über die Besprechung ED–BLV vom 8. März 1977. Im Berner Schulblatt wird darüber ausführlich orientiert werden.

Disziplinar-Artikel

In seiner Stellungnahme zu den Vorschlägen der ED für eine Teilrevision von Primar- und Mittelschulgesetz hatte der Kantonalvorstand erklärt, er könne die Artikel 58bis PSG und 41–43 MSG weder in der bestehenden, noch in der vorgesehenen neuen Form akzeptieren. Der von der ED eingesetzte Projektleiter, Kurt Vögeli, hat den BLV

Extrait des délibérations du Comité cantonal SEB

Séance du 9 mars 1977
Présidence: Hans Perren

Leçons supplémentaires

Le Comité cantonal prend tout d'abord connaissance des résultats définitifs de l'enquête «Leçons supplémentaires» puis il approuve la «Ligne de conduite de la SEB à propos des leçons supplémentaires» telle qu'elle a été proposée par un groupe de travail et mis au point par le Comité directeur. Ce document sera soumis à l'Assemblée des délégués du 27 avril 1977. L'«Ecole bernoise» donnera de plus amples informations à ce sujet. Le Comité directeur fera parvenir à la presse le matériel mis au point à cet effet ainsi qu'un bref communiqué.

Seuls 150 enseignants ont approuvé la suppression de toute leçon supplémentaire telle qu'elle était exigée par le groupe d'enseignants VPOD de Berne, alors que 4000 enseignants se prononçaient contre cette proposition. Une mesure aussi rigoureuse provoquerait des difficultés d'organisation que la plupart des écoles ne seraient plus à même de surmonter. L'abaissement du nombre de leçons supplémentaires autorisées de 5 à 2 représente une contribution financière du corps enseignant actif dans la lutte contre le chômage des enseignants qui se chiffre par une somme annuelle dépassant les 6 millions de francs.

Grille horaire de l'école primaire

Mirjam Schirm informe le Comité cantonal des résultats de l'enquête concernant la grille horaire du degré inférieur. Un groupe de travail a formulé des propositions que le Comité cantonal approuve à l'unanimité. L'enseignement par section de classe doit également être possible pour les élèves de première année fréquentant des classes de plusieurs degrés comme pour ceux de deuxième année. Le nombre de leçons pour les élèves de troisième année doit être augmenté de 26 à 27 par semaine.

Le matériel de l'enquête concernant la grille horaire du degré supérieur est en train d'être mis au point par la Commission des enseignants primaires.

Rapports

Le Comité cantonal approuve le rapport annuel SEB à l'intention de l'Assemblée des délégués.

Il prend en outre connaissance du rapport final de la Commission LEP/LEM qui sera publié dans l'«Ecole bernoise» et envoyé à la Direction de l'instruction publique.

Hans Perren informe les membres du CC des discussions qui ont eu lieu le 8 mars 1977 entre des délégations de la DIP et de la SEB. Un rapport plus détaillé paraîtra également dans l'«Ecole bernoise».

Articles disciplinaires

Dans sa prise de position concernant les propositions de la DIP pour une révision partielle des Lois sur l'école primaire et sur les écoles moyennes, le Comité

nun aufgefordert, ihm bis spätestens 30. Juni 1977 ausformulierte Textentwürfe zuzustellen. Der Kantonalvorstand beschloss, einerseits die Pädagogische Kommission, andererseits einige Kolleginnen und Kollegen verschiedener Schulstufen und in unterschiedlichen Verhältnissen zu bitten, Vorschläge einzureichen. Die gleiche Aufforderung ergeht auch an die Leser dieses Berichtes: Wer sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen kann, möge doch bitte dem Sekretariat BLV bis Ende April Vorschläge unterbreiten, wie die Vorschriften über die Disziplin der Schüler in den Schulgesetzen am besten zu formulieren wären.

Ausländer-Schüler

Der Kantonalvorstand liess sich von Richard Grob über eine von ihm im Grossen Rat eingereichte Interpellation betreffend Schule und Gastarbeiterkinder orientieren. Angesichts ihrer unsicheren Lage stellt sich für die Kinder die Frage, wie weit die Assimilation bei uns und wie weit das Aufrechterhalten der Bindungen an das Heimatland und seine Kultur richtig sei. Für Klassen mit einem sehr grossen Ausländeranteil (bis zu 90 %) stellt sich die Frage, wie weit angesichts der für Lehrer und Schüler ausserordentlich erschwerten Verhältnisse der Unterrichtsanspruch noch befriedigt werden kann. Besonders im Hinblick auf den Übertritt in die Sekundarschule wird von Schweizer Eltern Rechtsgleichheit und Rücksicht auf die besondere Situation gefordert.

Der BLV stellt sich ganz hinter die vom SLV seinerzeit beschlossenen Richtlinien, wonach keine Diskriminierung der Ausländer erfolgen darf und den zusätzlichen Erschwernissen in der Weise Rechnung getragen werden soll, dass man Gastarbeiterkinder bei der Schülerzahl doppelt anrechnet.

Sekretariat BLV: *Moritz Baumberger*

Bericht

über die Ergebnisse der BLV-Umfrage «Zusatzlektionen»

1. Ausgangslage

Im Zusammenhang mit der Besoldungsrevision 1972 hat der BLV eine Beschränkung der Zahl der bewilligten Zusatzlektionen auf maximal 3 gefordert. Wegen den unterschiedlichen Voraussetzungen an den verschiedenen Schulorten und Schulstufen vertraten die einzelnen Lehrer und ihre Stufenorganisationen in dieser Frage unterschiedliche Standpunkte. Eine Grundsatzdiskussion war im BLV nie durchgeführt worden. Der Beschluss des Regierungsrates vom 3. November 1976, die Zahl der bewilligten Zusatzlektionen von 5 auf 2 zu senken, hat zu ausserordentlich heftigen Reaktionen von Politikern, Schulbehörden und Lehrergruppen geführt. Die der Lehrerschaft vorgeworfene «Lektionenhamsterei» betraf nur eine immer kleiner werdende Zahl von Kollegen. 1976 hatten nur noch 200 Lehrer (das sind ungefähr 3 %) mehr als die in der Pflichtlektionenverordnung bewilligten 5 Zusatzlektionen, während fast 3000 Lehrer oder über 40 % überhaupt keine zusätzlichen Lektionen erteilen.

Die Leitung des BLV hoffte, durch eine Umfrage die Diskussion zu versachlichen und die Grundlagen für eine langfristige Vereinspolitik im Bereich der Zusatzlektionen zu erhalten.

cantonal avait déclaré qu'il ne pouvait pas accepter les articles 58bis LEP et 41–43 de la LEM, ni dans leur forme actuelle ni dans la nouvelle forme proposée par la DIP. Le responsable nommé par la DIP, Kurt Vögeli, a prié la SEB de lui adresser jusqu'au 30 juin 1977, au plus tard, des propositions de libellé de ces articles. Le Comité cantonal décide de demander d'une part à la Commission pédagogique, d'autre part à quelques collègues des différents degrés scolaires de lui faire parvenir des propositions. La présente invitation s'adresse également aux lecteurs de ce rapport: que celui qui a le temps de s'occuper à fond de ce problème adresse jusqu'à fin avril ses remarques au Secrétariat SEB. Les collègues intéressés doivent indiquer comment on pourrait formuler de la meilleure façon les prescriptions concernant la discipline des élèves dans les lois scolaires.

Elèves étrangers

Richard Grob donne des précisions au Comité cantonal sur l'interpellation qu'il vient de déposer au Grand Conseil concernant l'école et les enfants des ouvriers étrangers. Au vu de leur situation incertaine, la question de la justification de leur assimilation et du maintien des liens avec leur pays d'origine et avec sa culture est posée. Pour des classes comprenant une part très grande d'étrangers (jusqu'à 90 %), de quelle manière le droit à l'enseignement peut encore être rempli au vu des conditions extraordinairement difficiles que rencontrent tant les enseignants que les élèves? Les parents d'élèves suisses exigent, dans la perspective du passage à l'école secondaire, l'égalité des droits et la prise en considération de la situation particulière dans laquelle se trouvent leurs enfants.

La SEB rappelle qu'elle appuie totalement les directives décidées en son temps par la SLV selon lesquelles on ne doit pratiquer aucune discrimination à l'égard des élèves des travailleurs étrangers. On doit au contraire tenir compte des difficultés supplémentaires en faisant admettre que les élèves étrangers comptent doublement dans l'effectif d'une classe.

Secrétariat SEB: *Moritz Baumberger*
Adaptation française: *Paul Simon*

Rapport

sur les résultats de l'enquête de la SEB concernant les leçons supplémentaires

1. Point de départ

En rapport avec la révision des traitements de 1972, la SEB avait demandé une limitation du nombre des leçons supplémentaires autorisées à un maximum de 3. Les conditions différentes existant dans les divers lieux et degrés scolaires ont fait que les enseignants et leurs organisations représentatives avaient des points de vue divergents dans cette question. La SEB n'a jamais suscité à ce propos une discussion fondamentale. La décision du Conseil exécutif du 3 novembre 1976 d'abaisser le nombre des leçons supplémentaires autorisées de 5 à 2 a provoqué chez des politiciens, auprès de certaines autorités scolaires et chez des groupes de collègues des réactions d'une extraordinaire violence. Le reproche fait au corps enseignant de pratiquer une

2. Durchführung

Zur Durchführung der Umfrage setzte der BLV eine Arbeitsgruppe ein. Das Ausarbeiten eines Arbeitspapieres war sehr schwierig und dauerte länger als vorgesehen. So konnte der Kantonalvorstand die Unterlagen für die Umfrage erst Ende Januar verabschieden. Dadurch wurden die Fristen für alle Beteiligten äusserst knapp. Die Umfrage wurde in doppelter Weise durchgeführt: Einerseits wurde über die Schulhäuser und die Vorstände der BLV-Sektionen die Meinung der Mitglieder erhoben, andererseits konnten die Kantonalvorstände der Stufenorganisationen zu den Fragen Stellung nehmen.

Die Antworten aus den Schulhäusern wurden von den Sektionsvorständen zusammengestellt und mit allen Unterlagen dem Sekretariat BLV geschickt. Dieses stellte die Ergebnisse aus den Sektionen und die Antworten der Stufenorganisationen in Tabellen zusammen und übergab das ganze Material der Arbeitsgruppe zur Weiterarbeit.

3. Beteiligung

Es haben alle Sektionen und ungefähr zwei Drittel der Primar-, Sekundar- und Gymnasiallehrer geantwortet. In die Auswertung konnten 4606 fristgerecht eingetroffene Stimmen von Mitgliedern und die Stellungnahmen des BGV, des BMV, der PLO, des KVBA, der Gewerbelehrer deutsch und der SPJ einbezogen werden.

Nachträglich sind noch viele Antworten aus einzelnen Schulhäusern eingetroffen, die bei der Auszählung nicht mehr berücksichtigt werden konnten, das Ergebnis aber grundsätzlich auch nicht verändert hätten.

4. Abgetretene Lektionen

Das erklärte Ziel des Regierungsratsbeschlusses vom 3. November 1976 war es, durch das Senken der Zahl der bewilligten Zusatzlektionen aus den so entstandenen Überhanglektionen neue Lehrstellen für stellenlose Lehrer zu schaffen. Dieses Ziel ist erreicht worden.

Gemäss unserer Umfrage sind von den antwortenden zwei Dritteln der Lehrer *5480 Wochenlektionen* abgetreten worden. Das entspricht ungefähr 200 vollen Lehrstellen. Weil aus organisatorischen Gründen der Grossteil der Lektionen nur als Teilpensum übernommen werden kann, erhalten *über 300 stellenlose Lehrer* die Möglichkeit, in ihrem Beruf zu arbeiten. Einen Beitrag an diese neuen Stellen leisten über 400 Schulen, während etwas weniger als 300 Schulen den Abbau der Zusatzlektionen ohne das Abtreten von Überhanglektionen durchführen.

Der finanzielle Beitrag der amtierenden Lehrer an die Bekämpfung der Stellenlosigkeit ihrer Kollegen verdient Beachtung. Den über 5000 abgetretenen Wochenlektionen entspricht eine *Lohnsumme* von über 6 Millionen Franken jährlich. Es liegt nun an den Schulbehörden, dafür zu sorgen, dass dieser Beitrag auch wirklich den Stellenlosen zugut kommt.

5. Schwierigkeiten

Die Reduktion der bewilligten Zusatzlektionenzahl hat weitreichende Änderungen in der Organisation des Unterrichts zur Folge. Für Schulen mit Fachlehrersystem sind diese etwas leichter zu bewältigen als für Schulen mit der Tradition «eine Klasse – ein Lehrer». 600

véritable «chasse aux leçons supplémentaires» ne concernait qu'un nombre de collègues toujours plus petit. En 1976, on ne dénombrait plus que 200 enseignants (soit approximativement le 3 %) qui donnaient plus que les 5 leçons supplémentaires autorisées dans l'Ordonnance fixant le nombre de leçons obligatoires, alors que près de 3000 enseignants, soit plus que le 40 %, ne donnaient aucune leçon supplémentaire.

Par l'enquête qu'ils ont lancée, les dirigeants de la SEB espéraient rendre la discussion plus objective et obtenir une base nécessaire à la définition d'une politique de la Société dans le domaine des leçons supplémentaires.

2. Réalisation

La SEB mit sur pied un groupe de travail avec mandat de réaliser l'enquête. L'élaboration du document de travail fut très ardue et dura plus longtemps que prévu. Le Comité cantonal ne put mettre au point les documents nécessaires à l'enquête qu'à la fin du mois de janvier. Ce retard rendit les délais extrêmement tendus pour tout le monde. L'enquête fut réalisée sur deux paliers: d'un côté on demanda l'avis des membres par l'intermédiaire des écoles et des sections SEB, d'un autre côté, les comités cantonaux des organisations affiliées purent prendre position sur toutes les questions de l'enquête.

Les comités de section rassemblèrent les réponses recueillies dans les écoles et les envoyèrent avec tout le reste du matériel au Secrétariat SEB, qui en fit des tableaux comparatifs à l'intention du groupe de travail. En possession de tout le matériel, ce dernier poursuivit son travail.

3. Participation

Toutes les sections ont pris part à l'enquête et près des deux tiers des enseignants primaires, secondaires et des maîtres de gymnase. Dans la synthèse établie par le Secrétariat on ne put tenir compte, pour des questions de délai, que des réponses de 4606 collègues et des prises de position de la SPG, SBMEM, de l'OEP, de l'Association des maîtresses d'ouvrages, des maîtres aux écoles professionnelles (partie alémanique) et de la SPJ.

Plusieurs réponses émanant de différentes écoles sont encore parvenues après les délais et elles n'ont pu être intégrées dans la synthèse. Elles n'auraient cependant pas modifié fondamentalement le résultat d'ensemble.

4. Leçons cédées

Le but avoué de la décision du gouvernement était d'arriver, par l'abaissement du nombre des leçons autorisées, à créer de nouveaux postes de travail pour les enseignants sans place grâce aux leçons ainsi mises à disposition par les maîtres titulaires. Ce but a été atteint.

Selon les réponses fournies par les deux tiers des enseignants qui ont pris part à l'enquête *5480 leçons hebdomadaires* ont ainsi été cédées. Cela correspond à peu près à 200 postes complets. Parce que, pour des raisons d'organisation scolaire, la grande partie de ces leçons ne pourront composer que des postes partiels, *plus de 300 enseignants sans place* auront ainsi la possibilité de travailler dans leur profession. Plus de 400 écoles ont contribué à créer ces nouveaux postes tandis que moins de 300 écoles ont procédé à la diminution du nombre de leçons supplémentaires sans pour cela créer de nouveaux postes.

Schulen glauben, dass sie die entsprechenden *organisatorischen Probleme* lösen können, 70 Schulen bezweifeln dies. 40 Schulen vermindern das *Unterrichtsangebot* für ihre Schüler, indem sie z. B. Wahlfächer nicht mehr anbieten. 85 Schulen haben Gesuche um *Ausnahmebewilligungen* für mehr als 2 Zusatzlektionen eingereicht, 21 solcher Bewilligungen sind von den Inspektoren erteilt worden.

6. Grundsätze für die Vereinspolitik

In vielen Kommentaren spürt man den Unwillen der Lehrer über die ohne Vernehmlassung und ohne genügende Abklärung der Folgen für Schule, Unterricht und Lehrer kurzfristig verfügte Änderung der Lektionenordnung. Es ist beunruhigend, dass durch Beschlüsse im Bereich der Besoldungen Verhältnisse im organisatorischen und im pädagogischen Bereich der Schule geändert werden, ohne dass die nötige Besinnung stattfinden kann. In den Abstimmungen aber haben sich die Vereinsmitglieder sachlich und nüchtern für das politisch Mögliche entschieden. Es ist für alle Beteiligten günstig, dass die meisten Entscheide eindeutig ausgefallen sind.

Alle Stufenorganisationen, 34 : 1 BLV-Sektionen und die Vereinsmitglieder im Verhältnis von 6 : 1 sind dafür, *die neue Regelung erst einmal zu erproben und Erfahrungen zu sammeln.* Fast einstimmig lehnen die Lehrer es ab, die neue Regelung durch einen Zusatzlektionenstreik zu bekämpfen, ebenso aber auch, dass der Verein das Abschaffen aller Zusatzlektionen anstrebt.

Eine klare Mehrheit (5 : 1 Stufenorganisationen und die Mitglieder im Verhältnis von 2 : 1) sind dafür, auch in Zukunft die bestehende Regelung mit 2 Zusatzlektionen beizubehalten, und gegen einen Versuch, die alte Regelung mit 5 Zusatzlektionen zurückzugewinnen. Für die alte Regelung stimmten nur eine Organisation, die von der Neuordnung noch nicht betroffen ist, und eine einzige BLV-Sektion.

Knapp 200 Einzelmitglieder wären bereit, eine *Erhöhung der Pflichtlektionenzahl* ohne Anhebung des Grundlohnes aus pädagogischen Gründen in Kauf zu nehmen, die grosse Mehrheit aber und sämtliche BLV-Sektionen und Stufenorganisationen würden sich gegen ein solches Ansinnen zur Wehr setzen.

7. Verbesserungen am bestehenden System

Die Lehrerschaft hat sich zwar eindeutig dafür entschieden, die neue Regelung erst einmal zu erproben, sie ist aber auch klar dafür, dass einige allzu starre Elemente dieser Regelung abgeändert werden. Aus den geltenden Stundentafeln und aus der Tatsache, dass ein Teil des Unterrichts saisonbedingt ist, ergeben sich für einige Lehrer von Semester zu Semester oder von Jahr zu Jahr *schwankende Pensen* und damit eine schwankende Besoldung. Durch die Neuordnung berühren nun diese Schwankungen vermehrt das normale Vollpensum und damit das Anrecht auf die Altersentlastung.

Die Stufenorganisationen und die BLV-Sektionen einstimmig und die Vereinsmitglieder mit einem Stimmenverhältnis von 11 : 1 erteilen der Vereinsleitung den Auftrag, sich dafür einzusetzen, dass ein Lehrer sein *Anrecht auf Altersentlastung* nicht ganz verliert, wenn seine Wochenlektionenzahl unter das Vollpensum sinkt.

La contribution financière des maîtres titulaires à la lutte contre le chômage de leurs collègues est importante. Aux 5000 leçons hebdomadaires ainsi cédées correspond une *somme de traitement* dépassant les 6 millions par année. Il appartient maintenant aux autorités scolaires de veiller à ce que cette contribution revienne réellement aux enseignants sans place.

5. Difficultés

La réduction du nombre de leçons supplémentaires autorisées a comme conséquences d'importantes modifications dans l'organisation de l'enseignement. Ces changements sont un peu plus faciles à maîtriser pour les écoles organisées avec un sytème de maîtres de branches que pour celles attachées au principe «une classe – un maître». 600 écoles estiment qu'elles pourront résoudre les *problèmes d'organisation* que la nouvelle réglementation fera surgir. 70 écoles sont plus sceptiques à ce point de vue. 40 écoles diminueront leurs «*prestations*» aux élèves, en n'offrant plus par exemple des branches à option. 85 écoles ont adressé des requêtes en vue d'obtenir une *dérogation* leur permettant de donner plus de 2 leçons supplémentaires. Pour le moment 21 dérogations ont déjà été accordées par les inspecteurs.

6. Principes pour une politique de la Société

Dans de nombreux commentaires, on décèle un certain mécontentement des enseignants à propos de la modification de l'Ordonnance qui a été décidée sans consultation et sans appréciation suffisante des conséquences qu'elle entraînerait pour l'école. Le corps enseignant comprend mal que par des décisions ayant trait aux traitements on puisse modifier les conditions scolaires et pédagogiques sans permettre une réflexion indispensable à ce sujet. Néanmoins les membres de la SEB se sont prononcés, lors des votes, objectivement et sans passion pour ce qui était possible du point de vue politique. Il est réjouissant de constater que les décisions tombées soient claires pour tout le monde.

Toutes les organisations affiliées, 34 sections SEB contre 1 et les membres dans une proportion de 6 contre 1 estiment qu'il faut tout d'abord *expérimenter la nouvelle réglementation et réunir les expériences faites.* Les enseignants rejettent presque à l'unanimité la possibilité de combattre la nouvelle réglementation par une grève des leçons supplémentaires. Ils sont également opposés à ce que la SEB adopte une politique qui vise à la suppression de toutes les leçons supplémentaires.

Une majorité évidente (5 organisations contre 1 et les membres dans une proportion de 2 contre 1) est d'avis qu'il faut maintenir à l'avenir la réglementation actuelle avec 2 leçons supplémentaires et est opposée à tenter de regagner l'ancienne réglementation avec 5 leçons supplémentaires. Une seule organisation s'est prononcée pour l'ancienne réglementation, mais il faut ajouter que cette organisation n'est pas encore touchée par la nouvelle réglementation. Une seule section SEB souhaite revenir à l'ancienne réglementation.

A peine 200 membres SEB seraient d'accord d'accepter, pour des motifs pédagogiques, une *augmentation du nombre de leçons obligatoires* sans augmentation du traitement de base. La grande majorité des membres et l'ensemble des sections et des organisations affiliées s'opposerait à une telle exigence.

Umstrittener ist die Frage der *Bandbreite*. Ja- und Neinstimmen der Mitglieder heben sich praktisch auf, eine Mehrheit der BLV-Sektionen ist gegen, eine Mehrheit der Stufenorganisationen für Anstrengungen des Vereins in dieser Richtung. Es wären verschiedene Varianten denkbar: Eine Bandbreite, die vom Durchschnitt der Wochenlektionen des Lehrerkollegiums ausgeht, wie das bei den Gymnasiallehrern schon jetzt der Fall ist; eine Bandbreite, die durch die Schulleitung kontrolliert würde und bei der im einen Semester gehaltene Lektionen erst auf der Pensenmeldung des folgenden Semesters erscheinen würden; oder eine Bandbreite, die von den Schulinspektoren oder vom Personalamt kontrolliert würde und bei der Überhanglektionen zwar gemeldet und gehalten, aber erst im folgenden Semester oder Jahr für die Besoldung berücksichtigt würden. Die Frage der Bandbreite muss weiter geprüft werden. Es ist vorauszusehen, dass nicht für alle Teilpensen Stellenlose gewählt werden können, und dass wegen Rekrutenschulen usw. Pensen zeitweilig wieder frei werden. Soll nun der Lehrer, den man zur Abgabe dieser Lektionen gezwungen hat, diesen Unterricht zum *Stellvertretungsansatz* wieder übernehmen? Die diesbezügliche Frage ist sehr unterschiedlich verstanden und beantwortet worden. Eine Mehrheit von Stufenorganisationen, BLV-Sektionen und von Vereinsmitgliedern ist dafür, dass die Vereinsleitung sich dafür einsetzt, dass in diesen Fällen der Lehrer nicht wie sein eigener Stellvertreter behandelt, sondern normal besoldet wird. Die Mehrheit ist allerdings auch dafür, dass das Unterrichtsangebot den Schülern auch zum Stellvertretungsansatz erhalten bleibt.

Die Möglichkeit, das Stellenangebot für Stellenlose durch *frühere Pensionierung* zu vergrössern, hat ein lebhaftes Echo ausgelöst. Die Berechnungen und die Pensionierungspraxis der Bernischen Lehrerversicherungskasse wurden kritisiert. Die Umfrage ergab einen eindeutigen Auftrag an die Leitung des Vereins, die Frage des Pensionierungsalters zu behandeln. Alle Stufenorganisationen, 33 von 35 Sektionen und die Mitglieder im Verhältnis von 4:1 Stimmen sehen die Lösung eher in Richtung einer individuellen Regelung (Reduktion der Rente für oder Zahlung der nötigen Beiträge durch den Betroffenen) und nicht in einer Regelung, bei der die für den vorzeitigen Rücktritt Einzelner notwendigen Mittel durch eine allgemeine Prämienerhöhung aufgebracht würden.

8. Weiterarbeit

Die BLV-Arbeitsgruppe verarbeitet gegenwärtig das Umfragematerial und wird dem Kantonalvorstand BLV zu Handen der Abgeordnetenversammlung Anträge für eine längerfristige Vereinspolitik im Bereich der Zusatzlektionen unterbreiten. Aufgrund des Entscheides der Abgeordneten wird die Vereinsleitung Vorschläge für die Verwirklichung dieser Politik ausarbeiten.

9. Weitere Probleme

Die BLV-Umfrage hat einige Problemkreise nicht oder nur am Rande berührt:

Wie kann man verhindern, dass ohne pädagogische Besinnung durch Besoldungsentscheide schulpolitische Grundsatzfragen entschieden werden? Soll die Primarschuloberstufe am Klassenlehrerprinzip festhalten? Sollen die Stundentafeln so abgeändert werden, dass die Zahl der Pflichtlektionen für Lehrer und Schüler gleich gross wird?

7. Améliorations du système actuel

Le corps enseignant s'est prononcé clairement pour une expérimentation de la nouvelle réglementation mais il estime non moins clairement que certains éléments par trop rigides du nouveau système doivent être modifiés. Il résulte des grilles horaires actuellement appliquées et du fait qu'une partie de l'enseignement dépend de la saison, que certains enseignants ont un *pensum fluctuant* de semestre en semestre ou d'année en année, ce qui provoque également un traitement fluctuant. La nouvelle réglementation accentue encore ces fluctuations et agit ainsi directement sur le droit à l'allégement pour raisons d'âge.

Les associations affiliées et les sections SEB à l'unanimité, les membres dans une proportion de 11 contre un donnent mandat aux organes dirigeants de la SEB de faire en sorte qu'un enseignant ne perde pas *droit à l'allégement pour raison d'âge* parce que son nombre de leçons hebdomadaires tombe en dessous du nombre obligatoire.

La question de la *marge à accorder* est plus controversée. Les oui et les non sont à peu près à égalité chez les membres, une majorité des sections SEB est contre cette possibilité alors que la majorité des associations affiliées souhaite que la SEB entreprenne quelque chose dans cette direction. Plusieurs variantes seraient envisageables: une marge qui est calculée d'après la moyenne des leçons hebdomadaires du collège des maîtres, système actuellement en vigueur chez les maîtres de gymnase; une marge contrôlée par la direction de l'école et d'après laquelle le nombre de leçons tenues dans un semestre n'apparaîtrait sur la formule de communications de programmes que le semestre suivant; ou encore une marge contrôlée par les inspecteurs et l'Office du personnel selon laquelle les leçons restantes seraient annoncées et tenues mais prises en considération pour le traitement le semestre suivant ou l'année suivante. Cette question doit encore être étudiée plus en détail. On peut prévoir que les enseignants sans place ne pourront être élus pour tous les postes partiels créés et qu'ainsi certains postes resteront vacants à cause de la période d'école de recrues, ou pour d'autres raisons. L'enseignant qui a été forcé de céder ces leçons doit-il les reprendre au *tarif de remplaçant*? Cette question de l'enquête n'a pas toujours été bien comprise. Une majorité d'organisations de sections et de membres est d'avis que la SEB doit faire en sorte que dans ces cas l'enseignant ne soit pas traité comme son propre remplaçant mais qu'il soit rétribué normalement. La majorité est cependant d'avis que l'enseignement doit être garanti aux élèves et cela au tarif de remplacement également.

La possibilité de créer en nombre accru des postes pour les enseignants sans place en permettant une *retraite prématurée* a rencontré un écho très favorable. Les calculs et la pratique de mise à la retraite de la Caisse d'assurance du corps enseignant bernois ont été critiqués. L'enquête montre que les organes dirigeants de la SEB doivent s'occuper du problème de l'abaissement de l'âge de la retraite. Toutes les organisations affiliées, 33 des 35 sections et les membres dans une proportion de 4 contre 1 voient plutôt la solution en direction d'une réglementation individuelle (réduction de la rente pour les collègues concernés ou paiement des cotisations nécessaires par la personne concernée) et non pas une réglementation selon laquelle il serait nécessaire de procéder à une augmentation générale des cotisations pour permettre la retraite prématurée de certains.

Wie werden sich die neuen Arbeitsbedingungen auf das Selbstverständnis und auf das Berufsethos der Teilpensen- und Wanderlehrer auswirken?

Welche Folgen hat es für den Berufsstand und den Lehrerverein, dass Lehrer in grosser Zahl nur provisorisch gewählt werden, sehr unsichere Arbeitsplätze haben und sich bei der BLVK nicht versichern können?

Wieso üben gewisse Inspektoren Druck auf Doppelverdiener aus?

Welche Folgen hat die Neuordnung für die Schüler?

Was unternimmt der BLV dagegen, dass für die Schüler und die Lehrer so wichtige Fragen immer wieder ohne Gespräch mit der Lehrerorganisation entschieden werden?

Der Zentralsekretär BLV: *Moritz Baumberger*

Das Sekretariat des Bernischen Lehrervereins bleibt geschlossen von Donnerstag, 7. April 1977, 12 Uhr, bis und mit Ostermontag, 11. April 1977.

Der Leitende Ausschuss

Le Secrétariat de la Société des enseignants bernois sera fermé du jeudi 7 avril 1977, dès midi, au mardi de Pâques 12 avril 1977, 8 heures.

Le Comité directeur

8. Suite du travail

Actuellement le groupe de travail fait la synthèse de tout le matériel de l'enquête et soumettra au Comité cantonal à l'intention de l'Assemblée des délégués des propositions pour une politique à long terme dans le domaine des leçons supplémentaires. Il appartiendra ensuite aux organes dirigeants de la SEB d'élaborer des propositions pour la réalisation de cette politique sur la base de la décision des délégués.

9. Autres problèmes

L'enquête de la SEB n'a pas abordé certains problèmes ou n'a fait que les effleurer:

Comment peut-on éviter que par des décisions ayant trait aux traitements on touche à des questions élémentaires de politique scolaire sans considération pédagogique?

Le degré supérieur de l'école primaire doit-il maintenir le principe du maître de classe? Les horaires de leçons doivent-ils être modifiés dans le sens que le nombre de leçons obligatoires soit à peu près le même pour le maître et pour l'élève?

Quelles conséquences les nouvelles conditions de travail auront-elles sur la mentalité et sur l'éthique professionnelle des maîtres à programme partiel et des maîtres itinérants?

Quelles conséquences y aura-t-il pour notre situation professionnelle et pour la Société des enseignants de voir un grand nombre d'enseignants nommés provisoirement avoir des postes de travail incertains et ne pas pouvoir s'assurer à la CACEB?

De quelle façon les inspecteurs exercent-ils une certaine pression sur les titulaires d'un double salaire?

Quelles conséquences aura la nouvelle réglementation sur les élèves?

Que fera la SEB pour éviter que des questions si primordiales pour l'école et les enseignants ne soient à l'avenir plus décidées sans discussion préalable avec l'organisation des enseignants?

Le secrétaire central: *Moritz Baumberger*
Adaptation française: *Paul Simon*

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telephon 031 56 03 17.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern, Telephon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telephon 031 52 16 14.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Paul Simon, rue des Sommêtres 15, 2726 Saignelégier, téléphone 039 51 17 74.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.

AZ 3000 Bern 1

Druck und Spedition Eicher+Co 1342-3001 Bern